

Medienmitteilung

Thema **Grünliberale kontern die Ankündigung von Stadtentwickler Kessler, den Fokus künftig auf Dreieinhalbzimmerwohnungen zu legen**

Für Rückfragen David Wüest-Rudin, Präsident, Grossrat, Tel. 079 517 21 17
Emmanuel Ullmann, Grossrat, Regierungsratskandidat, Tel. 076 322 79 79

Absender Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 683 25 80, Postfach, 4015 Basel
bs@grunliberale.ch
www.bs.grunliberale.ch

Datum 31. Mai 2012

Die Grünliberalen finden die heute von Thomas Kessler im DRS Regionaljournal verkündete Fokussierung der Wohnungspolitik des Kantons auf Dreizimmerwohnungen als abwegig und nicht nachvollziehbar. Zum einen sprechen die Fakten gegen die von ihm vorgebrachte Begründung. Eine grosse Mehrheit der minderjährigen Kinder wohnt nämlich mit zwei oder mehr Erwachsenen in einem Haushalt. Zum anderen möchten die Grünliberalen den Kanton Basel-Stadt als ein attraktiver Wohnkanton auch für Mittelstandsfamilien entwickeln. Eine Dreizimmerwohnungspolitik läuft dem zuwider. Und schliesslich stellen die Grünliberalen grundsätzlich den Bezug auf eine Zimmerzahl und eine diesbezügliche staatliche Wohnförderung in Frage – wichtig ist, dass von der Politik das Wohnumfeld familienfreundlich gestaltet wird und familienoffene Investoren ein gutes Klima für Bauinvestitionen vorfinden. Die Grünliberalen werden konzeptionell und mit Vorstössen dieser Politik Nachdruck verleihen.

Stadtentwickler Thomas Kessler kündigt im DRS Regionaljournal von heute die Abkehr von der bisherigen Wohnungspolitik hin zur Dreizimmerwohnungspolitik an. Dabei beruft er sich vor allem darauf, dass die meisten Familien heute je ein getrennter Elternteil sei, der je alleine die Kinder erziehe. Zudem würden Vermieter bzw. Bauherren bei Neubauten signalisieren, dass die Dreieinhalbzimmerwohnungen am schnellsten vermietet seien.

Den Grünliberalen ist es schleierhaft, wie der oberste Stadtentwickler tel quel behaupten kann, dass die meisten Familien Eineltern-nach-Scheidungs-Familien seien und daher nur eine Dreieinhalb-Zimmer-Wohnung benötigten. Dies widerspricht jeder Faktenlage: Die Volkszählung 2000 für den Kanton Basel-Stadt (die Resultate der Zählung 2010 sind erst im Laufe 2012 zu erwarten) zeigt eindrücklich, dass von den Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren weiterhin 80% Haushalte von Paaren (verheiratet oder im Konkubinat) mit einem oder mehr Kindern sind und lediglich 20% Haushalte mit einem alleinstehenden Elternteil mit seinen Kindern (in Basellandschaft 89% bzw. 11%). Nimmt man die Zahl der Kinder als Ausgangspunkt, ist die Lage noch deutlicher, lediglich etwa 17% der Kinder in Basel-Stadt leben mit einem alleinerziehenden Elternteil, 83% mit einem erziehenden Paar. Es ist nicht zu erwarten, dass die definitiven Zahlen zur Volkszählung 2012 hier plötzlich die Alleinerziehenden in der Mehrheit sehen würde.

Der Verweis auf die Eindrücke von Vermietern, die kleineren Wohnungen schneller vermieten könnten, hinterlässt viele Fragen. Erstens sind dies offenbar nicht repräsentative Zahlen. Zweitens könnte dies auch auf zuziehende gut qualifizierte Einzelpersonen und Paare zurückzuführen sein. Vielleicht entsteht dieser Effekt auch, weil die neu gebauten grösseren Wohnungen für Familien zu teuer sind oder an unattraktiver Lage liegen? Hier ist eine seriöse Analyse nötig und nicht Spekulation.

Familien mit zwei Erwachsenen Personen und einem Kind möchten heutzutage häufig nicht mehr nur in eine Dreizimmerwohnung ziehen. Neben einem grosszügigen Wohn-/Essbereich und je einem Zimmer für Eltern und Kind wird ein Zimmer als Büro/Arbeitsbereich nachgefragt. Dies gilt insbesondere für Mittelstandsfamilien und aufwärts, die sich Wohnungen ab CHF 2'000.- / Mt. leisten können. Und dies gilt für Familien mit zwei und mehr Kindern in jedem Fall.

Entscheidend für die Familien- und Wohnpolitik ist auch, den Fokus nicht nur auf die bestehenden Familien zu richten, sondern auf Paare kurz vor der Familiengründung oder im Familienverlauf. In der Regel sind Paare, die sich das erste Kind wünschen oder erwarten verheiratet oder fest liiert und überlegen sich den Verbleib im Kanton Basel-Stadt oder den Wegzug aufs Land. Viele Paare haben auch den Wunsch, eine Familie mit mehr als einem Kind zu gründen. Wird solchen Paaren keine attraktive Wohnperspektive geboten, ziehen sie aus dem Kanton weg. Dies gilt analog auch für Einelternfamilien, bei denen eine erwachsene Person als Partner/-in dazu stösst („Patchworkfamilien“), auch diese müssen Wohnraum finden, ansonsten sie wegziehen.

Eine Rückkehr zur Dreizimmerwohnungspolitik sendet ein Signal aus: Der Kanton Basel-Stadt möchte weniger Mehrkindfamilien. Eine solche Politik hat auch Auswirkungen, denn in einer Region, in der die Menschen mobil sind, steuert nicht nur die Nachfrage das Angebot, sondern auch das Angebot die Nachfrage. Anders ausgedrückt: Werden kleinere Wohnungen für Familien angeboten, kommen auch eher Einkindfamilien und Familien mit weniger Einkommen in den Kanton. Dies scheint den Grünliberalen kein sinnvoller politischer Ansatz zu sein. Der Kanton soll auch attraktiv sein und bleiben für Familien des Mittelstandes und für Mehrkindfamilien.

Mit der Rückkehr zur Politik der Dreizimmerwohnung läuft der Kanton also Gefahr, den Mittelstand und gut verdienende Paare vor der Familiengründung sowie solche mit mehr als einem Kind aus der Stadt zu verdrängen zu Gunsten von Ein-Kind-Familien bzw. Alleinerziehenden. Dabei ist den Grünliberalen wichtig, nicht verschiedene Lebensformen gegeneinander auszuspielen. Gerade die Mischung von verschiedenen Familien-, Lebensformen und Generationen ist attraktiv. Vielmehr muss eine Wohnbaupolitik, die für die langfristige Entwicklung der Stadt Basel enorm wichtig ist, sich auf klare Fakten stützen. Die Äusserungen von Seiten des obersten Stadtentwicklers haben aber mehr den Anschein eines unausgegorenen, klischeebehafteten Schnellschusses denn einer sauber analysierten Strategie.

Grundsätzlich ist in Frage zu stellen, wie stark und wie direkt der Staat in den Wohnungsbau eingreifen kann und darf. Die Grünliberalen wollen keinen staatlichen Wohnungsbau, schon gar nicht fokussiert auf eine bestimmte Zimmerzahl. Im Vordergrund stehen muss die Gestaltung eines familienfreundlichen Umfeldes im Stadtkanton bzw. seinen Quartieren, dazu gehören zum Beispiel die Schulen, sowie die Schaffung eines guten Investitionsklimas für Investoren, die explizit Wohnungen für Familien des Mittelstandes bauen möchten, zum Beispiel Genossenschaften, Stiftungen oder Pensionskassen. Gerade das neu gebaute „Familienquartier“ Erlenmatte hat gezeigt, dass ohne flankierende Massnahmen in familienfreundliche Infrastruktur (zum Beispiel eben die Schule) die Zielsetzung, Familien anzuziehen, nicht erreicht wird. Die Diskussion um eine bestimmte Zimmerzahl ist daher nicht sehr zielführend.

Die Grünliberalen werden sich dafür einsetzen, dass verstärkt in Basel attraktive Wohnungen für Eineltern- und Paar-Familien des Mittelstandes angeboten werden. Dies werden in der Regel eben nicht Dreizimmer-, sondern Vier- und Fünzimmerwohnungen sein. Unser Kanton hat aktuelle und künftige attraktive Standorte, die er mit mehr Mut familiengerecht gestalten kann. Die Grünliberalen werden konzeptionell und mit politischen Vorstössen diesem Anliegen Nachdruck verleihen.